

These: konservativ, Antithese: progressiv, Synthese: normativ

von Freihart Regner, Januar 2017

Sämtliche Demokratien westlichen Typs – der US-amerikanische Wahlkampf hat es zuletzt wieder drastisch vor Augen geführt – funktionieren nach dem parteipolitischen Ordnungsschema konservativ-rechts versus progressiv-links. Dabei scheint durchaus fraglich, ob mit einem solchen dual-dialektischen Hin- und Herwippen der Regierungsmacht samt den damit verbundenen politischen Einseitigkeiten und Gegensätzlichkeiten den existentiellen Herausforderungen unserer Zeit – Terrorismus, Flüchtlingsströme, Klimawandel, Populismus, Finanzkrise u.a. – mit genügend viel Ruhe, Ausgewogenheit und Weitsicht begegnet werden kann. So steht etwa, um es weiter an der amerikanischen Politik festzumachen, zu befürchten, dass beachtenswerte Fortschritte unter der Präsidentschaft Obamas – etwa im Gesundheitswesen, Klimaschutz, in der Gleichberechtigung – vom jetzigen rechtspopulistischen Präsidenten handstreichartig wieder zurückgenommen bis zu nichts gemacht werden könnten. Insgesamt scheint das duale dialektische System repräsentativer Demokratie zu kurzfristig und zu wankelmütig, um eine politische Gemeinschaft hinreichend besonnen und vorausschauend in die Herausforderungen der globalen Moderne führen zu können. Aus einer *tri-dialektischen Perspektive* in Anlehnung an die Hegel'sche Rechtsphilosophie stellt sich von daher die Frage, wie denn die anzustrebende *Synthese* aus der These konservativ und der Antithese progressiv beschaffen sein könnte. Formallogisch betrachtet, wäre in einer solchen Synthese das gesellschaftspolitisch zu Bewahrende mit seinem Widerspruch, dem gesellschaftskritisch zu Verändernden, vermittelt und in einer höheren, die Gegensätze überformenden Einheit aufgehoben. Diese Synthese soll hier *normativ* – bei Hegel hätte es wohl geheißen: sittlich – genannt werden, weil sie in betonter Weise *an Werte gebunden* ist: Das traditionell Bewährte und daher konservativ zu Bewahrende stellt einen Ausgangswert an sich dar, welcher in der progressiven Gesellschaftskritik für sich negiert wird, um schließlich als *kritisch bewährter Wert an und für sich* auf höherer Ebene mediiert und aufgehoben zu werden.

Es ist der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, in welchem sich der normative Politikstil am augenfälligsten personifiziert, was auch einer der impliziten Gründe dafür gewesen sein dürfte, dass er als respektabler Kandidat für das Bundespräsidentenamt ins Spiel gebracht wurde. Bezeichnend ist, wie die Kommentatorenenschaft sich daran abarbeitet, ob Kretschmann nicht eigentlich als „die Verkörperung eines CDU-Ministerpräsidenten“ (G. di Lorenzo) im Sinne einer „CDU plus Krötenwanderung“ (J. Augstein) beziehungsweise eines „progressiven Konservatismus“ (P. Sloterdijk) anzusehen sei; von grüner Fundi-Seite werden Aussagen von ihm als „demagogisch“ (J. Trittin) bewertet, er wird, bei grundsätzlichem Konsens, mitunter „angefiffet, als sei er mit dem Teufel im Bunde“ (R. Bütikofer), man macht sich Sorgen um den „linken Markenkern“, und „die Grünen Jugend schäumt“. Derlei Missverständnisse, Irritationen und polemische Wogen könnten sich vielleicht etwas glätten, macht man sich klar, dass Kretschmann weder ein konservatives noch ein progressives Politikverständnis noch einen schlechten Kompromiss aus beidem vertritt, sondern dass seine politische Position eine *die Gegensätze aufhebende, synthetische Qualität* darstellt, die am treffendsten wohl als *normativ* zu bezeichnen ist. So stellte er unter anderem anlässlich der bei den Grünen geführten Flüchtlingsdebatte die Formel auf: „Grundsätze ja, Dogmen nein.“ Kretschmann „nicht kopieren, sondern kapieren“ (C. Özdemir) bedeutet dann, jenes Politikverständnis als dritte – und offenkundig mehrheitsfähige – synthetisch-normative Kraft im Lande und darüber hinaus zu begreifen. Denn aus dieser Sicht erscheint es in der Tat

dogmatisch, wenn die Menschenrechte, um welche es in der erwähnten Formel unter anderem ging, wie nicht selten politisch links vereinnahmt und gesinnungsethisch aufgeladen werden; „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“, heißt es dann. Auf der *fundamental*-normativen Ebene, der Ebene des *Grundgesetzes*, trifft diese Aussage sicherlich zu. Doch muss jene grundgesetzliche Basis besonnen in die realpolitische Arena übersetzt und kompromissbereit-pragmatisch gebrochen werden, sollen die fundamentalen Menschenrechte nicht zu einem selbstgerechten, moralisch überspannten Menschenrechts-Fundamentalismus geraten.

Es ergibt sich folgendes politisches Koordinatensystem (s. Abb. unten): Auf der horizontalen Achse wird das polare Meinungsspektrum von konservativ nach progressiv eingetragen. Auf der diese kreuzenden vertikalen Achse wird Mitte oben die normativ-menschenrechtspragmatische Politik, Mitte unten das Grundgesetz eingetragen, in dessen Artikel 1 Absatz 2 das Deutsche Volk sich zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt. Erst auf dieser fundamentalrechtlichen Basis kann der demokratische Meinungsstreit sich entfalten, weshalb die Menschenrechte nicht von linker, der Rechtsstaat nicht von rechter Seite politisch vereinnahmt, sondern beides in einer synthetisch-medialen Politik pragmatisch umgesetzt werden sollte. Demgemäß sagte Kretschmann der „Welt am Sonntag“: „Die Grünen verstehen sich zwar mehrheitlich als Partei der linken Mitte. [...] Aber ich bin jemand, der sie ganz in die Mitte ziehen will.“ Die Grünen sollten nicht Volkspartei, sondern „Orientierungspartei“ sein. „Das heißt, wir müssen immer das Ganze in den Blick nehmen und in der Balance halten, statt immer nur Teile der Gesellschaft zu vertreten.“ Normative Politik hätte demnach gesamtgesellschaftlich stabilisierend, orientierend und richtungweisend zu sein, sie wäre die wahre Mitte oben der Gesellschaft, deren Kopf- und Vernunftmitte sozusagen – auch als Antidot gegen rechte wie linke Populismen –, zumal wenn sie zugleich von bürgergesellschaftlichem Handeln von unten (vgl. H. Arendt) getragen wird. Bei all dem scheint als Vision normativer Politik eine *menschenrechtliche Realutopie* (V. Deile) auf, bei welcher die konservative These Leistungsgerechtigkeit und die progressive Antithese sozialer Gerechtigkeit in der *normativen Synthese nachhaltiger Gerechtigkeit* vermittelt und aufgehoben wäre.

